

Auswertung der Ost-Ausschuss-Umfrage zur Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen in der Ukraine 2024

Umfragezeitraum: Juli/August 2024

Teilnehmende Unternehmen: 68

1. Marktattraktivität:

- Die Auswertung der Ergebnisse hat gezeigt, dass deutsche Unternehmen den ukrainischen Markt differenziert bewerten. Auf der einen Seite wird der Markt als attraktiv wahrgenommen, insbesondere in den Bereichen Agrar- und Landwirtschaft aufgrund der bedeutenden Rolle der Ukraine auf dem Weltmarkt, sowie im Rahmen des Wiederaufbaus. Erneuerbare Energien und der IT-Sektor werden ebenfalls als vielversprechende Sektoren gesehen, da sie innovative Projekte und Wachstumspotenziale bieten.
- Zudem wird der ukrainische Markt als emerging market mit vielen unerschlossenen Möglichkeiten wahrgenommen, was ihn für zukunftsorientierte Investitionen interessant macht und große Potentiale in diversen Bereichen wie z.B. Smart Recovery birgt. Langjährige Standorte in der Ukraine und die Fortschritte in der Digitalisierung werden ebenfalls positiv hervorgehoben. Eine Etablierung von Nischenmärkten ist ebenfalls zu beobachten.
- Der anhaltende Krieg sowie die damit verbundene politische Instabilität werden als größte Herausforderung wahrgenommen. Ein Mangel an Investitions Garantien und Finanzierungsmöglichkeiten sowie fehlende weitere Absicherungsangebote (Personenversicherungen) einschließlich rechtlicher und bürokratischer Herausforderungen, stellen ebenfalls Hemmnisse dar. Darüber hinaus bestehen Bedenken hinsichtlich der Energieversorgung, da mögliche Unsicherheiten im Energieangebot die Geschäftstätigkeit beeinträchtigen könnten.

2. Dienstreisen

- Die Umfrageergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der deutschen Unternehmen wieder Dienstreisen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Deutschland in die Ukraine durchführen oder zumindest daran interessiert sind, in nächster Zeit zu reisen: Von 68 befragten Unternehmen haben 28 in den vergangenen zweieinhalb Jahren mindestens eine Dienstreise in die Ukraine unternommen oder sind (wieder) fest mit deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Land präsent. 40 Unternehmen haben hingegen bislang auf Reisen verzichtet. Von diesen könnten sich allerdings immerhin 24 vorstellen, in nächster Zeit zu reisen. 16 Unternehmen wollen und planen aktuell keine Reisen.
- Ein möglicher Grund für die noch bestehende Zurückhaltung könnte in einem unzureichenden Versicherungsschutz liegen. Derzeit glauben laut der Umfrage nur 20 Unternehmen über einen umfassenden Kranken- und Unfallversicherungsschutz für ihr Personal bei Reisen in die Ukraine zu verfügen, mit dem auch Kriegsverletzungen abdeckt werden. 19 Unternehmen melden zumindest einen teilweisen Versicherungsschutz, 29 Unternehmen haben nach eigenen Angaben bislang keinen Versicherungsschutz für Reisen in die Ukraine.
- Insgesamt lässt sich festhalten, dass deutsche Unternehmen das Risiko von Dienstreisen in die Ukraine durchaus erkennen, jedoch zunehmend wieder bereit sind, vor Ort aktiv zu werden. Unter den befragten Unternehmen, die konkrete Reisewünsche angegeben haben, wird die Hauptstadt Kyjiw mit großem Abstand als wichtigstes Ziel genannt (25 Nennungen), gefolgt von der Region um Lwiw (Lemberg) in der Westukraine (15) und der südukrainischen Region Odessa/Mikolajiw (7). Vereinzelt können sich Unternehmen sogar Reisen in die frontnäheren Großstädte Dnipro und Charkiw (je 2) sowie Sumi und Saporischschja (1) vorstellen. Nur auf eine Nennung kommt die Region Transkarpatien nahe der ungarischen, slowakischen und rumänischen Grenze, die eigentlich als besonders sicher gilt.

3. Korruption und Rechtsstaatlichkeit

- Die Auswertung der Umfrage verdeutlicht, dass deutsche Unternehmen unterschiedliche Wahrnehmungen hinsichtlich der Fortschritte bei Korruption und Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine haben. Erfreulich ist, dass 28 Unternehmen im Vergleich zu 2022 sichtbare Verbesserungen festgestellt haben. Dies lässt darauf schließen, dass in bestimmten Bereichen oder Sektoren positive Entwicklungen wahrgenommen werden.
- Hingegen geben 35 Unternehmen an, im Vergleich zu dem Stand vor 2022 weder Fort- noch Rückschritte erkennen zu können. Fünf Unternehmen stellen sogar Rückschritte bei Korruption und Rechtsstaatlichkeit fest. Der weitere Aufbau von

Vertrauen in den ukrainischen Rechtsstaat bleibt demnach eine wichtige Aufgabe für die ukrainische Regierung.

4. Investitionsbedingungen

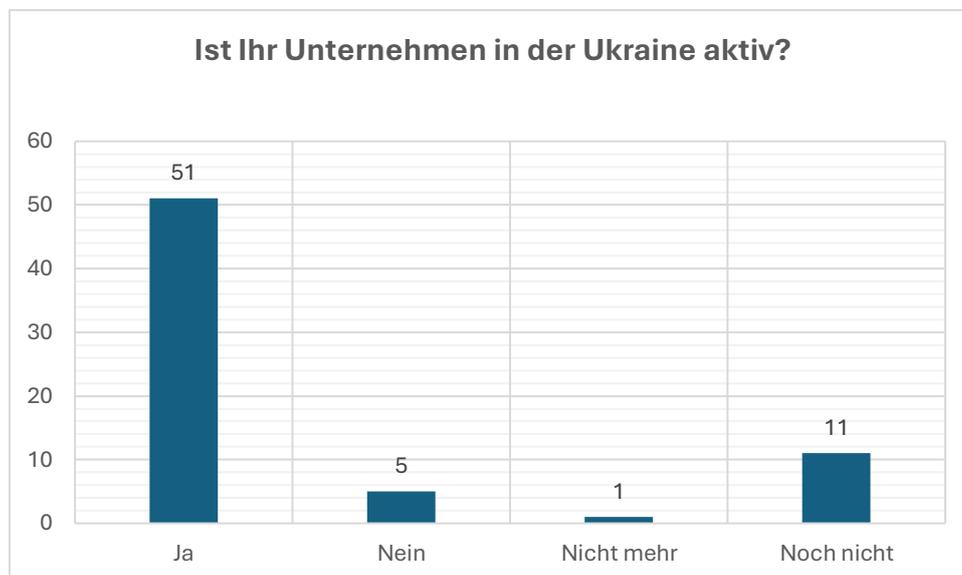
- Die Auswertung der Umfrage zeigt, dass die Mehrheit der deutschen Unternehmen seit Jahresbeginn 2024 keine wesentlichen Veränderungen bei den Investitionsbedingungen in der Ukraine wahrnimmt. Von den 68 befragten Unternehmen berichten 42 von stabilen Bedingungen. Dies lässt darauf schließen, dass derzeit eine gewisse Stagnation und eine abwartende Haltung vorherrschen.
- Fünfzehn Unternehmen berichten von Verbesserungen, die möglicherweise auf wirtschaftliche oder regulatorische Reformen zurückzuführen sind und neue Investitionschancen eröffnen. Im Gegensatz dazu berichten elf Unternehmen von einer Verschlechterung, die auf spezifische Herausforderungen oder negative Entwicklungen hindeutet.

5. Herausforderungen im aktuellen Ukraine-Geschäft

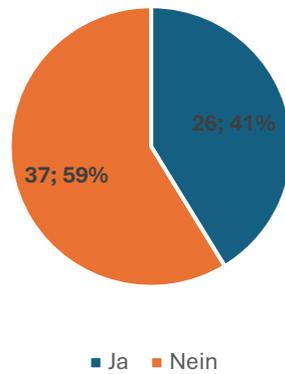
- Die befragten Unternehmen identifizieren neben den anhaltenden Sicherheitsproblemen, insbesondere im Osten und Süden des Landes, mehrere zentrale Herausforderungen bei der Geschäftstätigkeit in der Ukraine. Zu den größten Wünschen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gehört demnach der Abbau bürokratischer Hürden durch vereinfachte Verfahren und die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten durch einen erleichterten Zugang zu Fördermitteln mit Unterstützung von spezialisierten Beratungsstellen.
- Besonders die Sicherstellung finanzieller Mittel für Investitionsprojekte stellt eine große Herausforderung dar. Gerade bei größeren Vorhaben fehlt es an adäquaten Finanzierungsmöglichkeiten, was die Investitionsbereitschaft erheblich beeinträchtigt.
- Ein weiteres drängendes Problem ist der Personalmangel, der durch die Wehrpflicht und den Verlust qualifizierter Mitarbeiter entsteht. Unternehmen sehen sich zunehmend mit dem Problem konfrontiert, dass Fachkräfte eingezogen werden, was zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und einer Belastung der verbleibenden Mitarbeiter führt.
- Es ist auch wichtig, neue finanzielle Anreize zu schaffen, um Investitionen attraktiver zu machen. Zudem sollten umfassendere Versicherungslösungen entwickelt werden, die auch Kriegsrisiken abdecken, um das Investitionsrisiko zu senken und die Sicherheit der Unternehmen zu gewährleisten.

- Gleichzeitig fordern die Unternehmen eine höhere Transparenz bei Ausschreibungen und eine Intensivierung beim Abbau der Bürokratie. Die Beseitigung von Handelshemmnissen und eine stärkere Vernetzung mit Entscheidungsträgern könnten ebenfalls dazu beitragen, den Marktzugang und die Einflussmöglichkeiten zu verbessern. Zusätzlich wird eine bessere Zusammenarbeit bzw. Koordination mit der EU betont.
- Kritisiert wird, dass die Bundesregierung bei ihrer Vergabe von Mitteln an die Ukraine die Berücksichtigung deutscher Unternehmen nicht zu einem Kriterium für die Nutzung der Gelder macht. Die Ausschreibungsregularien bevorzugen in der Regel das günstigste und nicht qualitativ beste und nachhaltigste Angebot, weshalb deutsche Anbieter ins Hintertreffen gerieten und am Ende Konkurrenten aus China und der Türkei zum Zuge kämen.

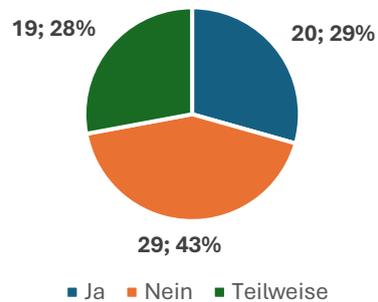
Grafiken zur Auswertung:

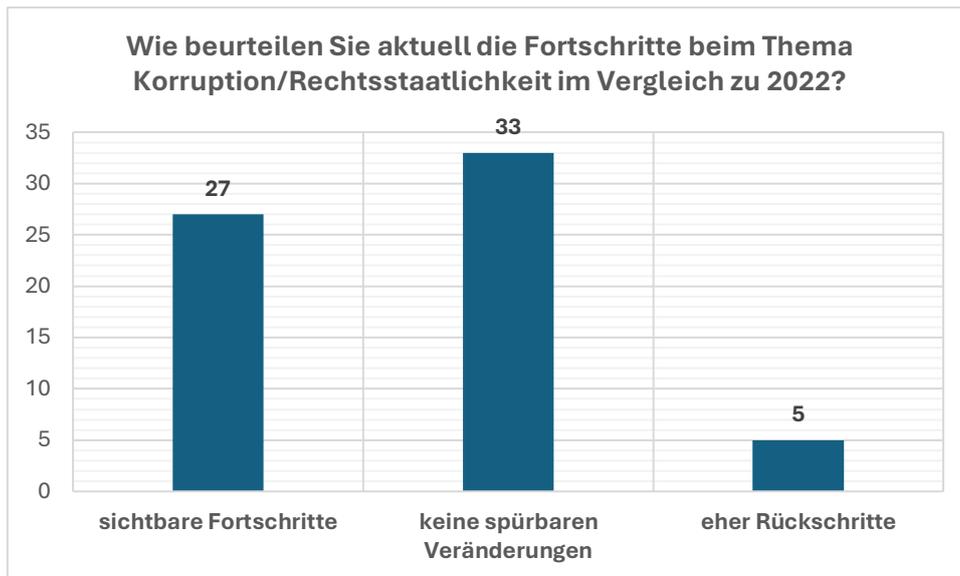


Haben Sie oder die Kollegen aus Ihrem Unternehmen in den letzten 2,5 Jahren Dienstreisen in die Ukraine unternommen?



Besteht in Ihrem Unternehmen ein ausreichender Kranken- und Unfallversicherungsschutz (für Kriegsverletzungen sowie für die Behandlung von Kriegsfolgen in Deutschland) für Dienstreisen in die Ukraine?





Über den Ost-Ausschuss

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (gegründet 1952) fördert die deutsche Wirtschaft in den 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht insgesamt für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China zusammen. Der Ost-Ausschuss hat rund 350 Mitgliedsunternehmen und -verbände und wird von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – BDI, BGA, Bankenverband, DIHK, GDV und ZDH - getragen. www.ost-ausschuss.de

Redaktion:

Oliver Lehmann, Andreas Metz

Berlin, 30.09.2024

Kontakt:



Alena Akulich

Regionaldirektorin Osteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 (0) 30 206167-113
E-Mail: A.Akulich@oa-ev.de



Kateryna Kyslenko

Leiterin
Service Desk Ukraine
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167-129
E-Mail: K.Kyslenko@oa-ev.de

Service Desk Ukraine im Ost-Ausschuss

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat im August 2022 einen Service Desk Ukraine etabliert. Mit ihm vernetzen wir deutsche und europäische Unternehmen und Wirtschaftsverbände mit ukrainischen Partnern, um konkrete wirtschaftliche Soforthilfe zu leisten und den Wiederaufbau in der Ukraine zu fördern. Seit Oktober 2022 veröffentlichen wir monatlich das „Update Recovery Ukraine“, das über die Nothilfe sowie wirtschaftlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Ukraine informiert. Das Update wird in deutscher Sprache veröffentlicht. Wenn Sie es kostenlos abonnieren möchten, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf. Die bisher erschienenen Ausgaben finden Sie hier: [OA-Update Recovery Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Unterstützt wird der Service Desk von folgenden Unternehmen, bei denen wir uns herzlich bedanken:

SUPPORTED BY

